



Tagesbericht

14. November 1953

Informationsdienst Nr. 2021 zur Beurteilung der Situation

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 1, Bl. 285–293 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Zahlreiche vertikale Randmarkierungen (siehe Einleitung) – Randmarkierung mit Nummerierung im Punkt »Stimmung der übrigen Bevölkerung«.

Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

Anlage

Westberliner Reaktionen auf die Verhaftungen in der DDR.

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

Industrie und Verkehr

Nach wie vor hält die Diskussion über die Weihnachtszuwendungen¹ in den Betrieben weiterhin an. Dabei wird dieser Beschluss der Regierung vom größten Teil der Arbeiter zustimmend aufgenommen und als Fortsetzung des neuen Kurses betrachtet. Unzufriedenheiten werden auch heute wieder darüber bekannt, dass alleinstehende Frauen mit Kindern gegenüber verheirateten Frauen ohne Kinder benachteiligt sind. Der größte Teil der verhältnismäßig wenig negativen Diskussionen wird meist von Angestellten und Arbeitern geführt, die bei der vorjährigen Jahresabschlussprämierung größere Beträge ausgezahlt bekamen.

Eine Arbeiterin aus dem VEB LOWA Waggonbau Görlitz: »Man kann nicht mehr klagen, unsere Lebenslage wird ständig besser. Mein Mann und ich bekommen jeder 40,00 DM Weihnachtsgeld, dafür werden gleich Weihnachtsleckereien geholt. Unsere Regierung hat bis jetzt immer Wort gehalten, darüber bin ich sehr erfreut.«

Im Reifenwerk Fürstenwalde/Frankfurt/Oder diskutierten mehrere Arbeiter darüber, dass es nicht richtig ist, dass z. B., wo beide Eheleute arbeiten, 80,00 DM an sie ausgezahlt werden, im Gegensatz dazu alleinstehende Frauen mit einigen Kindern nur 40,00 DM oder weniger bekämen.

Von den Angestellten des Stahlwerkes Silbitz/Gera wird Folgendes diskutiert: »Im vorigen Jahr bekamen wir 75 bis 100 DM in Form von Prämien. Mit der jetzigen Auslegung können wir nicht einverstanden sein, da wir ja nur 30 bis 40 DM bekommen sollen. Die Prämienzahlung ist also nur eine Vortäuschung gewesen, um die Weihnachtsgratifikation in Wegfall zu bringen.«

Die Diskussionen über die Entlarvung der Spionagezentrale Gehlen in der DDR² nehmen besonders nach der Pressekonferenz und nach verschiedentlich durchgeführten Betriebsversammlungen ein größeres Ausmaß an.³ Dabei ist es trotzdem nicht so, dass solche Diskussionen von der Mehrzahl der Arbeiter geführt werden. Die Stellungnahmen zu dieser Frage sind bis auf wenige Ausnahmen größtenteils positiv.

Im RAW Rathenow/Potsdam sagte ein parteiloser Arbeiter zu einer dieser Versammlungen, wo ein Vertreter des Sfs gesprochen hatte: »Ich bin erfreut, dass es gelungen ist, diese umfangreiche Spionage- und Sabotagegruppe zu entlarven. Derartige Versammlungen müssten aber des Öfteren durchgeführt werden, damit die breite Bevölkerung einen engeren Kontakt zu den Staatsorganen bekommt.« Von mehreren Kollegen der VEB Möbeltischlerei Luckenwalde wird die Meinung vertreten, dass die Verhaftung der Agentengruppen in der Kreispresse nur ungenügend ausgewertet wurde.

Eine Näherin aus den Kleiderwerken Großenhain: »Ihr habt keinen Grund zu reden, denn vor den Wahlen in Westdeutschland wurden viele Genossen hinübergeschickt und Geld haben sie auch bekommen. Das dürfen wir nicht vergessen, wenn wir von den westlichen Agenten sprechen.«

Über die Note der SU⁴ werden auch weiterhin nur vereinzelte Diskussionen geführt. Von einem Teil der Arbeiter wird jedoch der Erfolg des Notenwechsels angezweifelt. Diskussionen über andere politische Fragen treten nicht in den Vordergrund.

Ein Möbeltischler aus Zeulenroda/Gera: »Die neue Sowjetnote an die Amerikaner zeigt wieder deutlich die Bereitwilligkeit der Sowjetregierung zu Verhandlungen. Die russischen Staatsmänner sind wirklich daran interessiert, das Deutschlandproblem auf dem Verhandlungswege zu lösen. Ich bin selbst im Krieg in Russland gewesen und weiß aus den Erzählungen der russischen Bürger, dass diese kein Interesse an einem neuen Krieg haben.« Die bei dieser Diskussion anwesenden Kollegen äußerten sich weder negativ noch positiv dazu.

Ein Kollege des VEB Waggonbau LOWA Görlitz: »Der Vorschlag der SU ist zwar gut, aber ich zweifle daran, dass damit bei den Westmächten etwas erreicht wird.«

Anlässlich des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft werden wiederum vereinzelte Produktionsverpflichtungen und Neuwerbungen für die DSF bekannt. Im VEB Maschinenbau Görlitz wurden in den letzten Tagen 96 Mitglieder für die DSF geworben. In einem Schacht der Wismut AG in Annaberg verpflichtete sich eine Brigade bis zum Mai 1954 ihren Anteil am Fünfjahrplan zu erfüllen. Gleichzeitig wurden hier Wettbewerbe unter den Brigaden mit dem Ziel, den Monatsplan bis 25. zu erfüllen, Material einzusparen und den Titel »Brigade der besten Qualität« [zu erwerben,] abgeschlossen.

In einer Diskussion von Funktionären der TAN-Abteilung der Neptunwerft mit Arbeitern der Taklerei wurde den Arbeitern die Frage gestellt, ob sie nicht gewillt sind, ihre Normen zu erhöhen. Die Arbeiter standen diesem Vorschlag positiv gegenüber. Der Brigadier, Mitglied der SED, war jedoch damit nicht einverstanden und beeinflusste in diesem Sinne die Arbeiter, die daraufhin ebenfalls die Normenerhöhung ablehnten.

Produktionsschwierigkeiten entstehen weiterhin teilweise durch Materialmangel, besonders jedoch durch Waggonmangel, in einem Teil der Betriebe. Im Schacht »Robert Blum« in Osternienburg, [Kreis] Köthen, [Bezirk] Halle, reicht der Bestand an Grubenschwarten nur noch wenige Tage. Andererseits liegen solche in Nedlitz/Zerbst, die nicht angeliefert werden, da angeblich keine Waggons zur Verfügung stehen. Der VEB Metallwarenfabrik Sonneberg/Suhl erhielt von den angeforderten und benötigten 9 t Aluminiumblechen nur 3 t angeliefert.

Durch Initiative der Belegschaft des VEB Ferrolegierungswerk Lauchhammer/Cottbus wird in den Abendstunden eine Strommenge eingespart, mit der rund 30 000 Haushalte versorgt werden können.

Unzufriedenheit ist in mehreren Betrieben wegen der Ausgabe von Quartalsprämien und mangelhafter Kartoffelbelieferung aufgetreten.

So sagte ein Arbeiter, Mitglied der SED, aus dem VEM Kjellberg/Finsterwalde zur Ausgabe von Quartalsprämien an die Betriebsleitung und Intelligenz: »Ich bin der Meinung, dass in der Regierung noch Saboteure sitzen, die solche Maßnahmen befürworten, um Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen.«

Eine Kollegin will aus allen Organisationen, außer dem FDGB, austreten. Sie sagte: »Es ist doch keine Arbeiterregierung, die am ›Tag der Aktivisten‹ 20 000 DM verteilt und für die Quartalsprämien 60 000 DM zur Verfügung stellt.«

Wegen der schlechten Kartoffelbelieferung entsandte das RBA Wustermark/Potsdam eine Delegation zur Bürgermeisterei Elstal/Nauen. Sie erklärten, dass sie die Arbeit niederlegen, wenn in den nächsten Tagen keine Kartoffelbelieferung erfolgt.

Handel und Versorgung

Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung werden aus den Bezirken Cottbus, Karl-Marx-Stadt, Halle, Potsdam und Magdeburg berichtet.

Mangel an *HO-Butter und Margarine* wird aus den Kreisen Demmin und Altentreptow/Neubrandenburg gemeldet. Im Kreis Geithain/Leipzig werden durch den erhöhten Umsatz 10 t *Margarine* für das 4. Quartal benötigt. 7,7 t stehen jedoch nur zur Verfügung. Wie durch den Rat des Bezirkes mitgeteilt wird, ist eine Aufstockung nicht möglich. Es wird befürchtet, dass im letzten Monat (Weihnachten) keine HO-Margarine verkauft werden kann.

Landwirtschaft

In der *Ablieferung der zum Soll noch fehlenden landwirtschaftlichen Produkte, besonders bei Kartoffeln*, werden Schwierigkeiten aus den Bezirken Dresden, Leipzig, Potsdam, Frankfurt/Oder, Neubrandenburg und Schwerin berichtet. Die Bauern, besonders Großbauern, lassen sich teilweise bewusst Zeit, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Ablieferung bis Jahresende hinauszuzögern. Obwohl die Erfassungskontrollleute bis auf wenige Einzelbeispiele sehr vorsichtig sind, wird ihnen verschiedentlich gedroht. Weiterhin sind folgende Hauptargumente festzustellen: Sich lieber einsperren zu lassen oder nach dem Westen abzusetzen, als 100%ig abzuliefern; der neue Kurs wird nicht eingehalten, da bei 100%iger Ablieferung die Futtergrundlage nicht gesichert ist; zum Teil wird bei 100%iger Ablieferung Futterrücklieferung wie Kleie und dgl. erwartet. Nachfolgend einige Beispiele:

Ein Großbauer aus Rehfelde/Frankfurt/Oder: »Wenn man uns alle Kartoffeln nimmt, haben wir hier nichts mehr verloren und werden uns nach dem Westen absetzen.«

Ein Großbauer aus Ottenhain/Dresden: »Vielleicht schmeiße ich euch gleich die Treppe runter. Ich habe jetzt keine Zeit abzuliefern. Ich kann nur eine Arbeit machen. Das Jahr läuft bis zum 31.12. und bis dahin müssen wir erfüllt haben.«

Ein Erfasser äußerte zu einem Großbauern aus Sonnenberg/Potsdam, als dieser aufzeigte, dass bei 100%iger Ablieferung das Vieh nichts zu fressen habe: »Dann gebt doch eure Betriebe ab, denn im nächsten Jahr werden sie euch sowieso abgenommen.«

Laut Anweisung des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf werden im Kreis Templin/Neubrandenburg Kartoffeln von 3 cm Durchmesser und darüber erfasst (Ablieferung 61,8 %). Dazu äußern die Bauern: »Wenn man uns Saat- und Futterkartoffeln nimmt, soll man auch gleich das Vieh und die Wirtschaft nehmen.«

Industriekartoffeln, die in größeren Mengen in vielen Gemeinden des Bezirkes Cottbus lagern, durch Waggonmangel aber nicht abtransportiert werden, könnten zu 80 % als Speisekartoffeln Verwendung finden. Die Kartoffeln müssten lediglich aussortiert werden. Im Kreis Parchim/Schwerin wurden bisher 68,6 % Getreide und 75 % Kartoffeln abgeliefert. Vom Rat des Kreises und der Kreisleitung der SED werden Instrukteure eingesetzt, um die Bauern von der Notwendigkeit der Ablieferung zu überzeugen. Dadurch wird unter der Bauernschaft Klarheit geschaffen und die Parolen des RIAS entkräftet.

Im Abtransport von Zuckerrüben werden Schwierigkeiten aus den Bezirken Frankfurt/Oder und Halle gemeldet. Im Kreis Gräfenhainichen/Halle vertritt man z. B. die Meinung, bei diesen Zuständen, wie sie jetzt herrschen, wird sich die Verladung der Zuckerrüben bis Mitte Januar hinziehen.

Anlässlich des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft verpflichtete sich die Belegschaft der MTS Severin/Schwerin, bis zum 30. November den Plan 100%ig zu erfüllen. Ein Traktorist verpflichtete sich bis zum Geburtstag J. W. Stalins 500 ha zu pflügen. In der Gemeinde Gutendorf⁵/Karl-Marx-Stadt verpflichteten sich sämtliche Bauern, bis zum 20.11.1953 alle Produkte 100%ig abzuliefern.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Nur in geringem Maße wird über *politische Tagesfragen* diskutiert. Über die *Note der SU und das Schreiben unserer Regierung an die Westmächte*⁶ wird z. B. nur sehr wenig gesprochen. Sehr oft wird die Meinung vertreten, dass der Notenwechsel sowieso zwecklos sei. Eine Konsumverkäuferin aus Pasewalk/Neubrandenburg: »Die Westmächte sollen doch endlich auf die gemachten Vorschläge der SU eingehen. Denn so wie ich sehnt sich wohl jeder Mensch nach einem einheitlichen Deutschland und dem Frieden.«

Ein Tankstelleninhaber aus Riesa/Dresden: »Die Note der SU und das Schreiben an die Westmächte ist lediglich eine Propagandaaktion. Der Notenwechsel hat bestimmt keinen Wert, denn zu Verhandlungen kommt es doch nicht.«

Die nur vereinzelt bekannt gewordenen Meinungsäußerungen über *die Entlarvung der Agenten in der DDR* tragen positiven Charakter. So sagte z. B. ein Konsumarbeiter aus Frankfurt/Oder: »Öffentlich aufhängen sollte man diese Banditen und eine Woche hängen lassen, damit es für die anderen abschreckend wirkt.«

Allgemein kann festgestellt werden, dass eine gewisse positive *Stimmung* nach den von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage zu verzeichnen ist. Missstimmung und negative Äußerungen über Mängel in der Versorgung oder Stromabschaltungen, besonders aber über die Kartoffelversorgung, treten wieder stärker in Erscheinung.

Eine Hausfrau aus Schwarzheide/Cottbus: »Alle Tage diese Jagd nach Winterkartoffeln. Dieses Jahr ist aber auch alles schlechter als im Jahr zuvor. Der Konsum kann keine liefern, wo werden wir bloß die Kartoffeln herbekommen.«

Eine werktätige Frau aus Loburg/Magdeburg: »Das ist sehr schlecht, dass es nach acht Jahren Kriegsende bei uns noch Stromabschaltungen gibt, in Westdeutschland dagegen keine.«

Die Verordnung über die *Weihnachtszuwendung* hat unter den Angestellten der öffentlichen Verwaltungen Unzufriedenheit ausgelöst. Von den Arbeitern und Angestellten der Stadtverwaltung Wernigerode/Magdeburg wurde z. B. der Beschluss gefasst, eine Resolution an die Regierung zu verfassen. Weiterhin wurde die Drohung ausgesprochen, wenn sie keine Weihnachtszuwendung erhalten, in den Streik zu treten, damit die Regierung sieht, dass auch sie notwendige Arbeiter sind. Die Arbeiter hätten den neuen Kurs auch nur mit dem 17.6. erzwungen.⁷

Organisierte Feindtätigkeit

Verstärkte Verbreitung von Flugblättern wird aus den Bezirken Neubrandenburg und Frankfurt/Oder berichtet, vereinzelt aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden, Rostock, Gera und Potsdam. In der Mehrzahl handelt es sich um Flugblätter der NTS.⁸

Die Westberliner Zeitung »Telegraf« vom 13.11.1953 meldet: In der Zeit vom 16. bis 28.11.1953 gibt die sogenannte »Ernst-Reuter-Stiftung« im Haus des deutschen Gemeindetages, Charlottenburg, Straße des 17. Juni 5–8, an alle Bewohner des demokratischen Sektors von Berlin, die vor dem 1.1.1893 geboren sind, je ein Pfund Butter aus.⁹

Die Westberliner Presse meldet heute übereinstimmend, dass die Westmächte ab 16. November 1953, 0.00 Uhr, auf die Vorlage von Interzonenpässen bei Reisen aus der DDR nach Westdeutschland verzichten. Die Adenauer-Regierung will ebenfalls auf die Vorlage von Aufenthaltsgenehmigungen »verzichten«.¹⁰

Einschätzung der Situation

Die Weihnachtszuwendungen werden vom überwiegenden Teil der Arbeiter begrüßt. Unzufrieden sind hauptsächlich Angestellte der öffentlichen Verwaltungen und zum Teil diejenigen, welche 1952 bei Jahresabschlussprämien höhere Beträge erhalten haben. Der Aufschwung in den Betrieben durch Verbesserung der Produktion hält an, wird aber teilweise noch gehemmt durch Material- und Transportraummangel. Die Kartoffelversorgung wird weiterhin gehemmt durch die Verzögerung der Ablieferung, dies verstärkt vielfach die Unzufriedenheit.

Anlage vom 14.11.1953 zum Informationsdienst Nr. 2021

Stimmen aus Westberlin über die Mitteilung der Zerschlagung feindlicher Agenturen in derDDR

Handelsvertreter aus Westberlin: »Zur Vorbereitung eines neuen Krieges werden von den USA-Dienststellen solche verbrecherischen Elemente benutzt, um in der DDR wieder Unruhe zu schaffen und den neuen Kurs zu sabotieren. Dafür wird viel Geld ausgegeben. Ich kann solche Maßnahmen nur begrüßen, denn diese Maßnahmen, die durchgeführt wurden, dienen der Erhaltung des Friedens und damit uns allen.«

Angestellter der Westberliner Verwaltung: »Die Menschen, die so eine Tätigkeit ausüben, sind direkte Gewohnheitsverbrecher und die Stellen im Westen, die diese Verbrecher unterstützen, kann man nur als Verbrecherzentralen bezeichnen. Jedoch muss man einen Unterschied machen zwischen diesen Stellen, die solche Verbrecher finanzieren, und den offiziellen Stellen bei uns in Westberlin und in Westdeutschland.«

Ein Arbeitsloser aus Westberlin, SED-Mitglied: »Bei diesen vielen Verhaftungen erkennt man, dass die Agenten des Amerikaners viel zu wenig Erfahrung auf diesem Gebiet haben. Der Amerikaner wirft viel Geld für die Agenten raus und so sind es in der Hauptsache solche Menschen, die sich leicht Geld verdienen wollen.«

Eine Hausfrau aus Westberlin: »Ich bin für die Verhaftungen solcher Verbrecher, die solches Unheil anrichten, wie wir es am 17.6.1953 hier in Ostberlin gesehen haben. Die Verhaftungen sind noch die Auswirkungen dieses 17.6.«

12.11.1953; BArch DC 20–I/3/206, Bl. 19 f. Die Zuwendungen betragen bei Verheirateten 40,00 DM, bei Ledigen 30,00 DM und bei Lehrlingen 10,00 DM.

2

Vom 28. bis 30.10.1953 wurden in einer groß angelegten Aktion der Staatssicherheit mit dem Codenamen »Feuerwerk« über 100 Personen, überwiegend V-Leute der Organisation Gehlen, verhaftet. Es folgten große propagandistische Anstrengungen zur Popularisierung der Arbeit des Sfs und zur Diskreditierung der Organisation Gehlen und anderer westlicher »Feindzentralen«. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1988, insbes. S. 42–47.

3

Der Staatssekretär für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, hatte am 5.11.1953 bei Siemens-Plania in Berlin-Lichtenberg und sein Stellvertreter Erich Mielke im Kabelwerk Oberspree in Berlin-Köpenick gesprochen. Vgl. Informationsdienst Nr. 2014 v. 7.11.1953 und Nr. 2015 v. 8.11.1953, aber auch auf Bezirksebene gab es solche Betriebsversammlungen auf denen Staatssicherheitskader sprachen. Am 9.11.1953 fand eine internationale Pressekonferenz statt, an der der Leiter des DDR-Preseamtes Fritz Beyling, sein Vorgänger Albert Norden, zum damaligen Zeitpunkt Professor für Neuere Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, der für Agitation zuständige Leiter der Abteilung Allgemeines im Sfs Gustav Borrmann und der ehemalige stellv. Leiter einer Westberliner Filiale der Organisation Gehlen und Doppelagent der Staatssicherheit, Hans Joachim Geyer, teilnahmen. Vgl. »Aufsehenerregende Enthüllungen über USA-Spionagetätigkeit in der DDR«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 10.11.1953, S. 1, sowie »Erklärung des ehemaligen stellvertretenden Leiters der USA-Spionagedienststelle »Filiale X/9592« in Westberlin«. In: ebenda, S. 3.

4

Über die Vorschläge der UdSSR zur Lösung der Deutschlandfrage und zur Entspannung der internationalen Lage. Aus der Note der Regierung der UdSSR vom 3.11.1953 an die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA als Erwiderung auf deren Note vom 18.10.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 363–371. Geringfügig unterschiedliche Übersetzung in: ND, Berliner Ausgabe, v. 6.11.1953, S. 3. Hier auch der Wortlaut der Note der Westmächte vom 18.10.1953.

5

Eine Gemeinde namens Gutendorf ließ sich lediglich im Kreis Weimar, Bezirk Erfurt, aber nicht im Bezirk Karl-Marx-Stadt verifizieren. Möglicherweise ist die Gemeinde Gutenfürst, Kreis Plauen, gemeint.

6

Schreiben der Regierung der DDR an die Regierungen der drei Westmächte vom 7.11.1953. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 8.11.1953, S. 1. Darin bittet die DDR-Regierung die Westalliierten um einen Erlass der Reparationszahlungen und Besatzungskosten für Westdeutschland analog den Vereinbarungen des sowjetisch-deutschen Kommuniqués vom 23.8.1953.

7

Randvermerk eingekreiste »1«.

8

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

9

Vgl. »Ausgabezeiten der Butterspende. Für über 60 Jahre alte Bewohner des Sowjetsektors«. In: Telegraf v. 13.11.1953, S. 10.

10

Vgl. z. B. »Westen verzichtet auf Interzonenpass. Jetzt hat Pankow das Wort«. In: Der Tag v. 14.11.1953, S. 1; »Semjonow wurde unterrichtet. Der Verzicht auf Interzonenpässe«. In: Der Tagesspiegel v. 15.11.1953, S. 1; »Westen hebt Paßkontrolle auf. Note der Westmächte an Semjonow – Bonn verzichtet auf Aufenthaltsgenehmigung«. In: Telegraf v. 13.11.1953, S. 1; »Note an Semjonow: Verkehr freigeben! Bonn schafft Aufenthaltsgenehmigungen ab«. In: Der Tag v. 15.11.1953; »Freier Interzonenverkehr«. In: Die Neue Zeitung v. 15.11.1953. Siehe auch die Pressemitteilung Nr. 1147/53 des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 14.11.1953.

